

## - ☐☐ **Märkte vor dem Kollaps? Weltweit Finanzblasen, Inflation und Überschuldung**

Die neue Hegemonial- und Wirtschaftsmacht China könnte bereits kollabieren, ehe sie die USA als alte bestimmende Weltmacht endgültig verdrängt hat. Auch in China wächst derzeit eine gewaltige Immobilienblase. Das sagte Börsenexperte Dirk Müller auf n-TV. Beteiligt sei daran auch die amerikanische Zentralbank FED, die Geld an die amerikanischen Banken ausbebe, die dieses wiederum in die asiatischen Finanzblasen pumpen und damit auch die Inflation der Region anheizen.

Die amerikanischen Haushalte und damit auch die am Boden liegende amerikanische Konjunktur würden dagegen leer ausgehen. Zu befürchten sei, dass ebenso wie Griechenland die weitaus höher verschuldeten USA bald zahlungsunfähig seien. Viele Bundesstaaten würden ihre Haushalte bereits heute zur Hälfte über Schulden finanzieren. An der Wall Street würde zunehmend auf die Pleite von Bundesstaaten gewettet.

Weltweit werde die wirtschaftliche Entwicklung von

mehreren Damoklesschwertern bedroht. Neben der Inflation und Verschuldung asiatischer Staaten sei dies besonders auch die nahezu faktische Pleite der USA, hohe und steigende Rohstoffpreise, sowie die Verschuldung und Währungskrise in Europa.

Auch in Europa nehme die Überschuldung überall zu, ohne nennenswertes Wachstum. Einzig Deutschland weise derzeit noch Wachstum auf. Andere Kritiker verweisen aber darauf, dass das deutsche Wachstum insbesondere auf den starken Export zurückzuführen sei. Dieser werde aber in absehbarer Zeit einbrechen, da im europäischen Ausland massive Sparmaßnahmen eingeführt werden würden.

Zudem laufen Konjunkturprogramme aus, und Niedriglohnstrukturen würden wie bereits in Deutschland ebenfalls zunehmen. Die Nachfrage nach deutschen Produkten werde daher sinken, und ein hohes Wirtschaftswachstum, das vor allem auf Export basiert, und daher der Mehrheit der Menschen gar nicht zugute komme, nicht länger aufrecht zu erhalten sein. Auch die Exporte nach Asien stehen unter keinem guten Stern.

Die Region wird ebenfalls von zunehmenden inflationären und Überschuldungsprozessen heimgesucht. Auch Müller glaubt, dass sich etwa beim Platzen der Immobilienblase in China die Lage der chinesischen Wirtschaft nachhaltig verschlechtern werde. Bislang werde diese aber oft als Rettungsanker für die überschuldeten Ökonomie des Westens gesehen. Aufgrund der starken Inflation in China leide das Land bereits heute unter massiven Preisanstiegen.

Auch in Deutschland werde die Teuerung weiterhin zunehmen. Dies zeige sich insbesondere in den hohen Benzinpreisen. Grund dafür seien aber insgesamt die hohen Rohstoffpreise, da gegenwärtig angesichts kollabierender Währungen als Absicherung vermehrt in Rohstoffe und reale Werte investiert werde. Dies führe zur gegenwärtigen Inflation.

## - ☐☐ **Hartz IV-Reform: Verfassungsbruch**

Die Einigung auf einen Verfassungsbruch ist im Vermittlungsausschuss durch CSU/CSU, FDP und SPD gemeinsam abgeseignet worden, erklärte Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Die Linke. "Die Ergebnisse der wochenlangen Verhandlungen sind skandalös. Der Verfassungsbruch durch einen kleingerechneten Hartz-IV-Regelsatz wird nicht verhindert."

Die Linke habe seriös ermittelte Berechnungen vorgelegt und den drohenden Verfassungsbruch bereits im Vorfeld aufgezeigt. Die Regierung habe aber die Einwände zur Seite gewischt und die SPD habe klein beigegeben. Neben einem zu niedrigen Regelsatz gebe es auch keinen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn.

Auch Lohndumping durch Leiharbeit werde nicht gestoppt. Das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket werde von den Hartz IV-Betroffenen bereits durch das gestrichene Elterngeld und die

fehlende Regelsatzerhöhung für Kinder selbst bezahlt, so Enkelmann. "Auch das Vermittlungsverfahren kann nicht ohne Nachspiel bleiben. Die Linke wurde durch die Verlagerung der Verhandlungen in sachsen-anhaltische Hinterzimmer ausgegrenzt.

Auf die wohl begründete Kritik der Linken legten die anderen Parteien keinen Wert. Letztlich hat die Bundesregierung mit einem geradezu dreisten

Manöver die Zustimmung zum Verfassungsbruch erkaufte.“ Das letzte Wort werden daher wohl wieder einmal die Gerichte haben. „Die Linke wird sich für eine möglichst schnelle Überprüfung des Gesetzes vor dem Verfassungsgericht durch eine Normenkontrollklage einsetzen.“

- □ □ **Netzwerk**

# **Grundeinkommen zur Hartz IV-Reform**

Zur Einigung auf das  
Hartz-IV-Gesamtpaket erklärt  
der Netzwerkrat des  
Netzwerkes

Grundeinkommen: Die  
Verhandlungen mit dem  
willkürlichen hin- und

herschrieben bei der  
Regelsatzhöhe macht  
eindrucksvoll deutlich, wie  
SPD und CDU das Urteil des  
Bundesverfassungsgerichts  
missachten. Das Netzwerk  
Grundeinkommen sieht in der  
wachsenden Zustimmung  
zum Bedingungslosen  
Grundeinkommen eine  
Bestätigung der  
Notwendigkeit einer  
grundlegenden Reform.

Hartz IV ist offensichtlich von den regierenden politischen Parteien nicht zu retten. Beschämend ist insbesondere, dass rund 5,9 Millionen Menschen in Deutschland sich gezwungen sehen, mit weniger als Hartz IV – also in verdeckter Armut – zu leben, weil dieses bedürftigkeitsgeprüfte Grundsicherungssystem sie durch Diskriminierung, Stigmatisierung und

bürokratische Hürden daran hindert, ihnen zustehende soziale Leistungen in Anspruch zu nehmen.

Das Netzwerk

Grundeinkommen fordert die sofortige Streichung der Paragraphen 31 und 32 bei Hartz IV, da die dort vorgesehenen Sanktionen grundrechtliche

Erfordernisse verletzen. Darüber hinaus setzt sich das Netzwerk Grundeinkommen für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens und damit für eine verfassungskonforme Mindesteinkommenssicherung ein, bei der die Wahrung der Würde aller Menschen und die Beseitigung von Stigmatisierungen vor allem bei den gegenwärtig Erwerbslosen gesichert wird.

# - ☐☐ **Generalstreik in Griechenland**

In Griechenland hat am  
Mittwoch ein  
Generalstreik  
stattgefunden. Dabei  
haben sich auch rund

30.000 Demonstranten vor dem Parlament in Athen versammelt. Die Proteste richteten sich gegen die Sparpolitik der Regierung. Erneut kam es auch zu gewalttätigen Zusammenstößen mit der Polizei. Der Verkehr brach größtenteils zusammen, Geschäfte wie auch Schulen und

# Arztpraxen blieben geschlossen.

In Griechenland kommt es seit dem Frühjahr des vergangenen Jahres regelmäßig zu Demonstrationen und Generalstreiks. Die griechische Regierung

fährt auf Druck der EU und des IWF einen harten Sparkurs um an Finanzhilfen zu kommen, seitdem der Staat durch Ratingagenturen indirekt für "pleite" erklärt wurde. Die Sparmaßnahmen betreffen vor allem Beamte, sowie Renter und Angestellte in der Privatwirtschaft.

# - ☐☐ Libyen nach Gaddafi?

(ots) - Die Lausitzer  
Rundschau über  
wahrscheinliche Ende  
des Gaddafi-Regimes  
: Gaddafis

jahrzehntelange  
Herrschaft in Libyen  
steht vor dem  
Zusammenbruch. Das  
Regime ist auseinander  
gefallen, der  
überwiegende Teil der  
Armee zur Opposition  
übergelaufen. Unklar ist  
nur noch, wie lange  
sich das Ende Gaddafis

hinzieht. Wie viel Blut noch vergossen wird, bis die Libyer ihren grausamen Diktator endgültig besiegt, die Kontrolle auch in der Hauptstadt Tripolis übernommen haben.

Doch was kommt nach Gaddafi? Wer kann Libyen aus dem Tal der Anarchie und des Chaos führen? Gaddafis Sohn Saif al-Islam, der jahrelang als Hoffnungsträger für einen Wandel in Libyen gesehen wurde, sicherlich nicht.

Spätestens mit seiner  
Brandrede gegen die  
libyschen  
Demonstranten, denen  
er ganz im Stil seines  
größtenwahnwitzigen  
Vaters mit Krieg und  
Vergeltung drohte, hat  
er seine Chancen  
beerdigt.

Eine organisierte  
Opposition gibt es nicht  
in Libyen. Der  
Gaddafi-Clan hatte das  
Land, die Macht und  
die Öl-Reichtümer der  
"Volksrepublik" unter  
sich und seinen  
Günstlingen aufgeteilt.

Parteien waren  
verboten.  
Regimegegner,  
darunter auch viele  
Islamisten, wurden  
umgebracht, ins  
Gefängnis geworfen  
oder ins Exil vertrieben.

Nur im Ausland konnte die Opposition sich organisieren, etwa unter dem Dach der "Nationalen Rettungsfront". Das wird den Neuanfang schwierig, aber nicht unmöglich machen. Die wichtigen Vertreter der Gesellschaft, die sich

traditionell in  
Volksstämme aufteilt,  
werden sich an einen  
Tisch setzen müssen:  
Stammesführer, die  
Armee und  
Oppositionelle.

Als stärkste

Oppositionskraft  
gelten übrigens die  
Muslimbrüder, welche  
gerade im Osten  
Libyens, dort wo der  
Aufstand gegen  
Gaddafi seinen  
Anfang nahm, ihre  
Hochburg haben. Die  
Libyer, eine sehr

junge Generation mit  
einem  
Durchschnittsalter  
von 25 Jahren, haben  
bisher bewiesen,  
dass sie  
Verantwortung  
übernehmen können.  
Mit ihrer  
überraschenden

Revolution gegen den  
wohl schlimmsten  
Diktator der  
arabischen Welt.

Und ihrer  
erstaunlichen Reife,  
die ihnen nun hilft, in

den von ihnen  
eroberten Städten  
und Provinzen mit  
Bürgerkomitees die  
zusammengebroche  
ne Ordnung wieder  
einigermaßen  
herzustellen. Die  
Menschen in Libyen  
haben gerade gelernt,

dass sie mit Einheit,  
Mut und Reformwillen  
Berge versetzen  
können. Und das  
macht Hoffnung, dass  
die libysche  
Revolution nicht zum  
Bürgerkrieg, sondern  
in eine bessere und  
gerechtere Zukunft

Geschrieben von: Baraka

Donnerstag, den 24. Februar 2011 um 01:04 Uhr

---

führt.

# - □ □ Arabische Regimes schränken Presse- und Informationsfreihe it ein

Journalisten, die  
über die Unruhen in  
Ländern des Nahen  
Ostens und  
Nordafrikas  
berichten, waren in  
den vergangenen  
Wochen massiven  
Repressionen

ausgesetzt. In  
Libyen, im Jemen,  
in Bahrain, im Iran,  
im Irak und in  
Algerien versuchen  
die Regierungen,  
die  
Medienmitarbeiter  
an ihrer Arbeit zu

hindern: Reporter  
ohne Grenzen  
(ROG)  
dokumentierte in  
den vergangenen  
zwei Wochen  
zahlreiche tätliche  
Übergriffe gegen  
Journalisten und

Festnahmen durch  
Sicherheitskräfte  
und Unterstützer  
der Regierungen.  
Zudem wurde in  
den meisten der  
Staaten die  
Online-Überwachu  
ng verschärft.

In Libyen ist der  
von den Behörden  
verhängte  
Nachrichtenblackou  
t weiter wirksam.  
Es ist für  
Journalisten

praktisch  
unmöglich, ihrer  
Arbeit  
nachzugehen. Die  
wenigen  
ausländischen  
Korrespondenten,  
die bereits vor  
Ausbruch der Krise

im Land waren,  
stehen unter  
starker  
Überwachung.  
Nach Informationen  
von  
Netzwerk-Sicherheitsfirmen wurde das  
Internet in dem

nordafrikanischen  
Land seit dem 18.  
Februar mehrmals  
abgeschaltet.

Offenbar sind auch  
alle Telefondienste  
– Festnetz und  
Mobilfunk – seit  
dem 21. Februar

# unterbrochen.

Auch im Jemen  
sind die  
Anti-Regierungsde  
monstrationen seit  
Ende Januar

begleitet von einer  
Serie der Gewalt  
gegen  
Medienvertreter. In  
Bahrain wurden in  
der vergangenen  
Woche  
amerikanische  
Journalisten

angegriffen,  
geschlagen und  
beschossen. Sie  
beobachteten und  
filmten die  
gewaltsame  
Niederschlagung  
der  
Demonstrationen

auf dem  
Perlenplatz der  
Hauptstadt  
Manama.

Die  
Geschwindigkeit

der  
Internetverbindung  
en wurde in  
Bahrain stark  
gedrosselt, Seiten  
mit Filmen und  
Bildern der  
Proteste blockiert.  
Ausländischen

Journalisten wurde  
die Einreise in das  
Land verweigert. Im  
Iran hat das  
Regime die Zensur  
der Neuen Medien  
seit den Protesten  
am 20. Februar  
wieder verschärft:

Die  
Geschwindigkeit  
der  
Internetverbindung  
en wurde stark  
gedrosselt und in  
einigen Teilen

Teherans,  
Isfahans, Schiras  
und Maschads  
sogar vollständig  
gekappt.  
SMS-Dienste sind  
unterbrochen,  
Fernseh-Übertragun-  
gen unterliegen

starken Störungen.  
Unabhängige  
Nachrichtenseiten  
und oppositionelle  
Seiten sind  
Cyberattacken  
ausgesetzt.

- □ □

# Ausschreitungen in Dresden

Zu schweren  
Ausschreitungen

kam es anlässlich  
genehmigter  
Demonstrationen  
Rechtsextremer  
am 19. Februar in  
Dresden. Mehrere  
tausend  
gewaltbereiter

Linksextremisten  
durchbrachen  
Polizeiketten,  
bewarfen die  
Einsatzkräfte mit  
Flaschen,  
Pflastersteinen  
und

Feuerwerkskörper  
n, demolierten  
Fahrzeuge und  
steckten  
Barrikaden in  
Brand.

"Bei dem  
Versuch, beide  
politischen Lager  
auseinanderzuhalt  
en, wurden 82  
Kolleginnen und  
Kollegen verletzt,  
sieben davon

schwer. Die  
Polizei nahm 78  
Personen fest und  
erstattete 60  
Strafanzeigen  
wegen  
Körperverletzung,  
Sachbeschädigung

g und anderen  
Straftaten."

Das Dresdner  
Verwaltungsgeric  
ht hatte den  
sogenannten

"Neonazis"  
erlaubt, an drei  
unterschiedlichen  
Orten in Dresden  
aufzumarschieren  
, anstatt zu einer  
gemeinsamen  
Veranstaltung

verpflichtet zu  
werden. Zudem  
hatte das  
Verwaltungsgeric  
ht in mehreren  
Entscheidungen  
mit  
ungewöhnlicher

Schärfe die  
Polizei  
verpflichtet, das  
Demonstrationsre  
cht der Rechten  
zu schützen.

Um dieser  
Verpflichtung  
angesichts der zu  
erwartenden  
immensen  
Übermacht an  
Gegendemonstra  
nten überhaupt

nachzukommen  
zu können, hatte  
die  
Polizeidirektion  
Dresden noch bis  
in die späten  
Abendstunden  
des Vortages

zahlreiche  
Versuche  
unternommen, die  
genehmigten  
Aufzüge der  
Rechte auf einen  
Platz zu  
konzentrieren, um

sie von den  
Gegendemonstra  
nten zu trennen.  
Auch darauf ließ  
das  
Verwaltungsgeric  
ht sich nicht ein  
und brachte die

Polizei in eine  
verfahrenene  
Situation.

Hagen Husgen,  
Vorsitzender des

GdP-Landesbezirk  
Sachsen:

"Während bis zu  
den

Mittagsstunden

lediglich einige

Hundert

Rechtsextreme in

der Stadt gezählt  
wurden, strömten  
Tausende von  
Gegendemonstra  
nten, darunter  
rund 3.000  
autonome  
Gewalttäter, auf

allen

Zufahrtswegen in  
die Stadt.

Teilweise wurden  
Busse noch auf

der Autobahn  
verlassen, um an  
polizeilichen  
Kontrollpunkten  
vorbei in die  
Stadt einsickern  
zu können."  
GdP-Vorsitzender

Bernhard  
Witthaut: "Unsere  
Befürchtungen  
sind übertroffen  
worden. Die  
angeblich  
gewaltlosen  
Gegendemonstra

nten haben sofort  
und mit brutaler  
Härte die Polizei  
angegriffen."

Bereits im Jahr

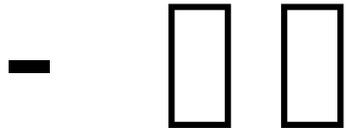
zuvor war aus  
dem gleichen  
Anlass, dem  
Gedenken an die  
Bombardierung  
Dresdens, den  
Neonazis  
aufgrund von

Massenblockade  
n die  
Durchführung  
ihres  
Aufmarsches  
von der Polizei  
untersagt  
worden. Das

Dresdner  
Verwaltungsgeric  
ht hat der Polizei  
daraufhin  
vorgeworfen, sie  
habe es  
rechtswidrig  
unterlassen,

durch Einsatz  
geeigneter  
polizeilicher Mittel  
den Aufzug der  
Rechten zu  
gewährleisten,  
und sie dadurch  
in ihrem

Grundrecht auf  
Versammlungsfre  
iheit verletzt. Auf  
einen  
polizeilichen  
Notstand dürfe  
sie sich nicht  
berufen.



# Menschenkette gegen Atomkraft

Am 12. März  
wollen der Bund  
für Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland  
(BUND), die  
Anti-Atom-Orga

nisation

"ausgestrahlt",

Campact, Robin

Wood und die

Naturfreunde

Deutschlands

mit mehreren

zehntausenden  
Teilnehmern  
zwischen dem  
Atomkraftwerk  
Neckarwesthei  
m und der  
baden-württemb

ergischen  
Landeshauptsta  
dt Stuttgart eine  
Menschenkette  
gegen die  
Atomkraft  
bilden.

Schon am  
kommenden  
Samstag sollen  
bundesweit in  
rund 40 Städten

Auftakt-Mensch  
enketten  
stattfinden. Von  
Niebüll an der  
Grenze zu  
Dänemark bis  
Lindau am

Bodensee  
sollen die  
Auftakt-Veranst  
altungen für die  
große  
Menschenkette  
am 12. März

mobilisieren und  
Zeichen für den  
Atomausstieg  
setzen.

"Jetzt tragen wir

den Protest  
gegen die  
Atomkraft zu  
den Kraftwerken  
und setzen die  
Bundesländer  
unter Druck,

Meiler für Meiler  
vom Netz zu  
nehmen. Die  
kommende  
neue  
Landesregierung  
g in

Baden-Württem  
berg muss den  
Anfang machen  
und die ersten  
Atomreaktoren  
abschalten",  
sagte

# Campact-Geschäftsführer Christoph Bautz.

## "Der Protest in

Baden-Württem  
berg am 12.

März wird sich  
bis nach Berlin  
auswirken und  
die

Energiepolitik

der  
Bundesregierun  
g entscheidend  
beeinflussen", s  
agte der  
BUND-Vorsitze  
nde Hubert

Weiger.

"Ein

energiepolitisch

er Kurswechsel

im Südwesten

bedeutet das

Aus für die

# Pro-Atom-Allian z."

Wenn zwei  
Wochen nach

dieser  
Demonstration  
in  
Baden-Württem  
berg gewählt  
werde, stehe  
eine neue

Landesregierung  
in Sachen  
Atompolitik vor  
einer  
entscheidenden  
Herausforderun  
g, so die

Verbände. Als  
oberste  
Atomaufsichtsbe-  
hörde und  
Miteigentümerin  
des  
Betreiberkonzerns

ns EnBW  
(Energie  
Baden-Württem  
berg)  
entscheide sie  
über den  
Weiterbetrieb

bzw. die  
Stilllegung von  
vier  
baden-württem  
bergischen  
Atomkraftwerke  
n.

Weitere  
Informationen  
auf [www.anti-atom-kette.de](http://www.anti-atom-kette.de)

- □ □

# Plagiatsaffäre

(ots) - Die

Rheinische  
Post über die  
Reaktionen  
auf Plagiator  
zu Guttenberg  
: Hat in  
unserer

Nachkriegsrep  
ublik jemals  
ein Mensch  
die Geister  
derart  
aufgewühlt wie  
Karl-Theodor

zu

Guttenberg?

Ja, Thilo

Sarrazin. Aber

beim

sozialdemokra

tischen

Bundesbanker  
ging es um die  
Sicht auf  
Integration in  
unserem Land  
und darum,  
wie wir mit

Provokation  
umgehen.  
Beim  
christsozialen  
Baron geht es  
mittlerweile  
offenkundig

um uns selbst.  
Anders ist die  
Leidenschaft  
nicht zu  
erklären, mit  
der die  
Deutschen

aneinander  
zweifeln.

Wie kann es  
sein, dass sich

75 Prozent der  
Bürger derart  
emotional  
aufgeladen  
hinter  
Guttenberg  
stellen, obwohl

dieser gegen  
bürgerliche  
Kernüberzeug  
ungen von  
Ehrlichkeit,  
Redlichkeit  
und

Verlässlichkeit  
verstoßen hat,  
fragen sich  
kopfschüttelnd  
die übrigen 25  
Prozent.  
Umgekehrt

bekommen  
diese von den  
Guttenberg-Fa  
ns  
vorgehalten, in  
überheblichen  
Reflexen

gefangen zu  
sein und die  
herausragend  
e Statur dieses  
Ausnahmefalles  
ntes zu  
verkennen.

Guttenberg  
selbst füttert  
den Konflikt  
jeden Tag mit  
neuer

Munition.  
Seine  
Entschuldigung  
für  
atemberauben  
d weitflächige  
Plagiate und

sein Verweis,  
halt ein  
Mensch mit  
Fehlern und  
Schwächen zu  
sein,  
empfinden die

einen als  
widerliche  
Inszenierung,  
die anderen  
als Beweis für  
die Integrität  
des zu

Unrecht  
Verfolgten.  
Dieses  
Phänomen  
schreit  
danach,  
wissenschaftlic

h untersucht  
zu werden.

Wohlan, Ihr  
Guttenberg-Do  
ktoranden!

Geschrieben von: Baraka

Donnerstag, den 24. Februar 2011 um 01:04 Uhr

---

- □ □ **Kein**

# Doktor mehr

Die  
Universität

# Bayreuth hat den Dokortitel von Verteidigungs minister

Karl-Theodor  
zu Guttenberg  
aberkannt.

Dies teilte der  
Präsident der  
Universität, R

üdiges  
Bormann  
am  
Mittwochabend  
d  
mit. Der

Entscheidung  
war eine  
Sitzung der  
zuständigen  
Promotionsko  
mmission der

# Rechts- und Wirtschaftswi ssenschaftlich en Fakultät der Universität

vorausgegangen  
en. Mit einem  
Brief an die  
Universität  
hatte zu  
Guttenberg

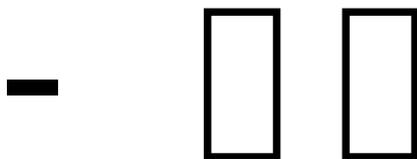
zuvor darum  
gebeten,  
seinen  
Dokortitel  
abzuerkennen

▪

Geschrieben von: Baraka

Donnerstag, den 24. Februar 2011 um 01:04 Uhr

---



# Keine Fusion von BKA und Bundespoli zei

# Die Gewerkschaf t der Polizei (GdP) fordert Bundesinnen minister Dr.

Thomas de  
Maizière auf,  
die geplante  
Fusion von  
Bundespoliz  
ei und

Bundeskrimi  
nalamt zu  
begraben.  
GdP-Bundes  
vorsitzender  
Bernhard

Witthaut  
sagte  
anlässlich  
eines  
Treffens mit  
dem

BKA-Präside  
nten Jörg  
Ziercke in  
Berlin: "Die  
nun  
abgeschlossen

ene  
Überprüfung  
der von der  
Kommission  
vorgeschlag  
enen

detaillierten  
Empfehlunge  
n zeigte,  
dass eine  
Fusion  
weder

erforderlich  
noch sinnvoll  
ist."

Unterstützung  
erhält  
Witthaut von  
den  
Vorsitzenden  
seiner

# Organisation im Bundeskrimi nalamt und in der Bundespoliz

ei, Jürgen  
Vorbeck und  
Josef  
Scheuring.  
Nach ihrer  
Bewertung

der  
Kommission  
sarbeit  
blieben als  
Handlungsbe  
darf eine

intensivere  
und  
strukturierter  
e  
Kooperation  
und

# Koordination der Behörden in gemeinsame n Aufgabenber

eichen wie  
der  
polizeilichen  
Informationst  
echnologie  
übrig.

Witthaut:  
"Um die  
Wände zu  
tapezieren,  
reißt man  
kein Haus

ein und baut  
es an  
anderer  
Stelle neu.  
Daher  
erneuert die

GdP ihre  
Forderung  
nach einer  
sofortigen  
Beerdigung  
der

Fusions-Pläne  
e und nach  
einem klaren  
Bekennntnis  
des  
Bundesinnen

ministers zu  
seinen zwei  
Sicherheitsb  
ehörden  
Bundespoliz  
ei und des

BKA in deren  
momentanen  
Gestaltung."

Witthaut:

"Das ist er  
den hoch

engagierten  
und  
geforderten  
Beschäftigte  
n beider  
hoch

leistungsfähigen  
Polizeien  
schuldig."

Geschrieben von: Baraka

Donnerstag, den 24. Februar 2011 um 01:04 Uhr

---

{jcomments  
on}